



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3spaltige Petitzeile 0,50 Goldmark, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Der Erfolg.

Nur ganz kurz konnten wir in der letzten Nummer der „Solidarität“ von der erfolgten Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs auf Verlängerung des Reichshilfsarbeiter-tariffs Kenntnis geben. Durch Rundschreiben wird allen Mit-gliedern nähere Mitteilung zugegangen sein, die Gau- und Zahlstellenleitungen werden inzwischen, soweit sie die Möglichkeit dazu hatten, die Mitglieder bereits unterrichtet haben. Nachstehend die genaue Abschrift der Verbindlich-keitsklärung:

Der Reichsarbeitsminister.
III C. 768/26. Berlin, den 26. Februar 1926.
Beit.: Schiedspruch vom 18. Februar 1926 im Tarifstreit des Deutschen Buch- und Zeitungsdrucker-Hilfs-personals.
Im Tarifstreit des Deutschen Buch- und Zeitungs-drucker-Hilfspersonals

zwischen dem Deutschen Buchdrucker-Berein E. V. und dem Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, dem Graphischen Zentralverband, wird der Schiedspruch des Zentralschlichtungsamts vom 16. Februar 1926 gemäß Artikel I § 6 der Schlichtungs-verordnung vom 30. Oktober 1923 für verbindlich erklärt. Die im Schiedspruch getroffene Regelung entspricht der Billigkeit. Da nach dem Verlauf der am 24. Februar d. J. im Reichsarbeitsministerium stattgehabten Verhandlung nicht zu erwarten ist, daß die Parteien sich selbst verständigen, die Herstellung eines tariflichen Zustandes aber aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist, mußte im Interesse der Allgemeinheit die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs ausgesprochen werden.

Im Auftrage gez. Dr. Eißler.

Mit dieser Entscheidung des Reichsarbeitsministers ist der allgemeinverbindlich erklärte Reichstarif bis 31. Mai 1926 verlängert und unser Kampf vorläufig ausgekehrt. Der Waffenstillstand darf natürlich nicht mit süßem Nichtstun ausgefüllt werden, wir haben in ständiger Bereitschaft zu bleiben, da die Unternehmer zu gegebener Zeit ihren An-griff erneuern werden. Auch dürfen wir nicht vergessen, daß wir den Kampf ins feindliche Gebiet tragen müssen. Es ist uns bisher gelungen, den Angriff der Unternehmer abzu-wehren, wir müssen ihnen aber Terrain abgewinnen oder eigentlich wieder zurückholen, was sie uns vor zwei Jahren unter Ausnutzung der damaligen Konjunktur abgenommen haben.

Die Unternehmer sind sehr erobert, einmal über den Schiedspruch und dann über die Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister. Sie geben ihrem Ärger offen Ausdruck in ihrer „Zeitschrift“ und gehen dort dem Reichs-arbeitsministerium zu Leibe. Wohlwollig hüten sie sich dabei, auf die Verhältnisse im Buchdruckgewerbe einzugehen, weil sie damit ja auch nicht ihre Kräfte gegen die Hilfs-arbeiter begründen konnten. Sie haben, wie sie selbst sagen, ihre „Ausführungen allgemeiner gehalten, weil die Begrün-dung der Verbindlichkeitsklärung das Interesse der Allge-meinheit anführt, im Gegensatz zur Begründung des Schieds-pruchs selbst, die sich mehr auf die wirtschaftliche Lage des Gewerbes bezieht.“ Die Unternehmer tun uns leid, nie-mals wird es ihnen schwerer gefallen sein, ihr Vorgehen selbst den eigenen Mitgliedern plausibel zu machen, als in dem von ihnen herausbeschorenen Tarifstreit mit den Hilfsarbeitern. Sie hatten keine Ursache, sie hatten keine Begründung für ihre Anträge, sie mußten nur dem höheren Befehl der deutschen Arbeitgeberverbände folgen und haben das bei den Verhandlungen auch selbst zugegeben. Sie be-fürchteten den wirtschaftlichen Boykott der Buchdruckereien, wenn sie den Wünschen der Großunternehmer nicht nach-kommen. Die Unternehmer in Deutschland sind im all-gemeinen durch die Krise dazu begünstigt, darauf eingestellt, die Mäne der ungenügend bezahlten Arbeiterkraft zu brüden und die Arbeitszeit zu verlängern. Wenn eine Gruppe von ihnen dabei aus der Reihe tanzt und anstän-dige Vertragsverhältnisse mit den Arbeitern eingeht, ist das der Allgemeinheit der Unternehmer natürlich sehr fatal, um so mehr, als die Bevölkerung erkennt, daß nicht in allen Gewerben die Krise den Umfang angenommen hat, wie es dargestellt wird. Dabei soll gar nicht übersehen werden, daß die Unternehmer im Buchdruckgewerbe auch aus eigenem

Antrieb gerne die Arbeiter drücken möchten, nur jetzt haben sie dazu weder Anlaß noch Gelegenheit. Ein tragisches Schick-sal der deutschen Buchdruckereibesitzer. Sie möchten nicht, aber sie müssen. Daher waren ihre tatsächlichen Maßnahmen so versahnten und ihre Begründungen so gequält. Sie sind eigentlich recht froh, mit Hilfe des Reichsarbeitsministeriums die Klippe, an der sie leicht hätten stranden können, um-schiffen zu haben, und sie sollten der Reichsstelle dankbar sein, die sie aus einer wirklich nicht beneidenswerten Lage befreit hat. Ihre große Ungehaltenheit ist doch nur Mäander und von eingeweihten Kreisen, also auch vom Arbeitsmini-sterium, längst erkannt.

In dem fraglichen Artikel der „Zeitschrift“ befaßt sich die Leitung des DVB. auch mit dem Begriffe der Ware Arbeitskraft. Sie schreibt: „Wenn es einem auch wider-streben muß, die Arbeitskraft im Vergleiche der „Ware“ gleichzusetzen, so drängen sich doch gerade im gegenwärtigen Augenblicke solche Gedanken auf. Wir finden in der Gewerkschaftspolitik alle Kennzeichen der sonst verpönten Beein-flussung des Warenmarktes zum Zwecke der Preisregu-lierung. Da sind zunächst die Konventionen in Gestalt der Gewerkschaften aufs straffste organisiert. Wir haben gegen-

Du beschleisch deine arbeitslosen Kollegen

wenn du nicht sofort deinen Namen in die Listen zum Fortbesetzen auf Unterhaltung der Färisen einträgt. Die Färisenverbände sollen den Kerntzen unfer uns zugute-kommen.

Denke daran!

wärtig ein großes Ueberangebot von Arbeitskräften. Dieses Angebot wird aber nicht auf den Markt geworfen, sondern zum Zwecke der Hochhaltung des Preises für die Arbeits-kraft zurückgehalten. Die Verzinsung der brachliegenden, zurückgehaltenen Ware Arbeit überläßt man aber freundlich der Allgemeinheit.“

Man wird einigermaßen darüber erstaunt sein, daß die Unternehmer Wesen und Zweck der Gewerkschaften immer noch nicht erkannt haben. Natürlich wollen wir unsere Mit-glieder davor bewahren, ihre Arbeitskraft unter dem Preise zu verschleudern, deswegen haben sich ja die Arbeiter orga-nisiert. Sonst wären sie ja den wirtschaftlich stärkeren Unter-nehmern schußlos preisgegeben, die bei schwacher Konjunktur dergestalt auf das Lohnniveau drücken würden, daß die Arbeiter im Elend verkommen müßten. Aber zu dem Zweck rückhaltlos Ausnutzung der Arbeiter sind wohl die Unter-nehmer organisiert, die sich überhaupt nicht darum be-kümmern, was mit den erwerbslosen Arbeitern und Ar-beiterinnen geschieht, wie diese nun leben sollen und wovon. Sie erwarten einfach von der Arbeiterkraft, daß sie sich auf Abbruch der Unternehmer bereit hält und zu jedem angebotenen Lohn in den Betrieb eintritt. Je größer die Arbeitslosigkeit, je geringer der Lohn. Die Rechnung der Unternehmer ist einfach, gehen die Betriebe schlecht, werden die Arbeiter ent-lassen, bessert sich das Geschäft, wird neu eingestellt. Je größer das Heer der Arbeitslosen, um so angenehmer für die Unternehmer. Sie haben genügend Auswahl und können die Elendkonjunktur ausnützen. Die Massen der Arbeitslosen stehen in Arbeitsbereitschaft für die Unternehmer. Nur diese allein haben Nutzen aus der Arbeitslosigkeit und hätten danach eigentlich die Pflicht, ganz allein für die Arbeitslosen zu sorgen. Um diese Verpflichtung drücken sie sich, diese über-lassen sie freundlich den Gewerkschaften und der All-gemeinheit.

Aber überlassen wir die Unternehmer ihrem Ärger, freuen wir uns, daß die Arbeiter, wenn sie gut organisiert sind, nicht nach ihrer Pfote zu tanzen brauchen. Wir werden ja nicht das Letztmal mit ihnen aneinandergeraten sein. Daß spätere Streitigkeiten noch besser für uns auslaufen werden, dafür werden die Mitglieder sorgen. Die Stimmung in den Versammlungen muß sich auch auf die Betriebe übertragen. Dort ist Auffklärung erst recht notwendiger als bei größeren Zusammenkünften; manche Vorfälle aus den Druckereien beweisen das. Die Stärke des Verbandes liegt in einer aufgefärisen Arbeiterkraft, die über Absichten und Ziele der Unternehmer gut unterrichtet ist.

Das geistige Ringen der Wirtschaftsfaktoren.

Der Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen In-dustrie „Deutsche Wirtschaft und Finanzpolitik“ die im Dezember vorigen Jahres der Öffentlichkeit übergeben wurde, ist jetzt eine Denkschrift der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände unter dem Titel „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“ gefolgt. Die beiden maßgebenden Faktoren der deutschen Wirtschaft, Kapital und Arbeit, wenden sich mithin an die Öffentlichkeit, um vor ihr die Gebantenfänge darzulegen, die nach Meinung dieses oder jenes Teiles zur Gesundung der Wirtschaft und damit zur Ueberwindung der Krise führen.

Die Tatsache, daß solche grundsätzlichen Fragen vor dem Forum der Öffentlichkeit ausgetragen werden, zeigt einen psychologischen Fortschritt von ungeheurer Tragweite. Da-durch wird vor allem bestätigt, daß die Wirtschaft nicht mehr eine private, sondern eine öffentliche Angelegenheit geworden ist, eine Angelegenheit, die alle Staatsbürger interessiert, weshalb das Volk im gewissen Sinne zur Mitentscheidung aufgerufen wird. Die Idee der wirtschaftlichen Demokratie erhält durch diese psychologische Tatsache eine, wenn auch ungewollte Betätigung. Die einleitenden Bemerkungen zeigen, wie man die Öffentlichkeit für die jeweiligen Gebantenfänge zu mobilisieren sucht:

Reichsverband der Industrie. Denkschrift der Gewerkschaften:

„Wir richten die Denkschrift an alle Kreise der Bevölkerung, Erzeuger und Verbraucher, Arbeiter und Unternehmer, an die Regierung, die Parlamente und die Stadtverwaltungen. Wir bitten alle Kreise, unsere Vorschläge zu prüfen und zu würdigen. Sachliche Kritik kann nur förderlich und daher auch nur erwünscht sein. Der Zweck der Denkschrift wäre erfüllt, wenn unsere Vorschläge die Unter-lage für ein Wirtschaftsprogramm bilden könnten, das von allen Kreisen gebilligt wird. Die Rot der Zeit er-fordert Gemeinschaftsarbeit und keinen Kampf!“

„Obgleich unsere wesentlichen Forderungen der Öffentlichkeit nicht unbekannt sind, nehmen wir die vom Reichsverband der deutschen Industrie kürzlich veröffentlichte programmatische Denkschrift zum Anlaß, unsere Stellung zu den brennenden wirtschaftspolitischen Gegenwartsfragen zusammenfassend darzulegen. . . . Aber unbekannt dieser Erkenntnis glauben auch wir, daß für die Lösung einzelner Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik die gemeinsame Arbeit aller Kreise erstrebenswert ist zum Zwecke der Ueberwindung der gegenwärtigen Krise und der Entfaltung der produktiven Kräfte der deutschen Wirtschaft. In diesem Sinne unterbreiten wir unsere Forderungen allen für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Politik verantwortlichen Stellen in der Ueberzeugung, Wege zu weisen, auf denen die Gesundung der deutschen Wirtschaft beschleunigt und gefördert werden kann.“

Wir haben die beiden Stellen aus den Denkschriften zitiert, um zu zeigen, wie von beiden Seiten auf die Öffentlichkeit eingewirkt versucht wird. Bei den Gewerkschaften ist dies nichts Neues, denn sie waren als im vollsten Lichte der Öffentlichkeit sich entfaltende Körperschaften schon immer bemüht, ihre Maßnahmen und Forderungen öffentlich dar-zulegen. Nicht so bei den Unternehmerorganisationen. Und hier liegt das grundsätzliche Neue, das wir in den Vordergrund stellen möchten. Nicht immer war es so, daß die Unter-nehmer glaubten, der Öffentlichkeit Aufklärung schuldig zu sein, über die Ziele, die sie sich gesteckt hatten. In der Vor-kriegszeit standen ihnen andere Wege offen, auf Regierung, Parlamente und Stadtverwaltungen einzuwirken.

Ueber Fragen der Sozialpolitik mit der Öffentlichkeit zu rechten, haben die Unternehmer früher glatt abgelehnt. Der Herr-im-Haus-Standpunkt war bei ihnen so scharf entwickelt, daß er keine Deutungen zuließ und öffentliche Rechtfertigungen erst gar nicht in den Bereich der Möglichkeiten gezogen wurden. Die Unternehmer der Vorkriegszeit standen auf dem Standpunkt, den Emil Riebeck einmal auf einer Tagung des Vereins für Sozialpolitik folgendermaßen vertreten hatte: „Auch wenn wir (die Industrie) eine selbständige Organisa-tion hätten, so würde ich nach meiner festen Ueberzeugung nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß ich das Ver-halten mit den Arbeiterorganisationen ablehnen würde. Ich würde es deshalb tun, weil ich mir nach meinen Erfah-rungen nicht das geringste davon verspreche, daß es dadurch zu besriedigenden Kompromissen, zu einer gewissen Ruhe für einige Zeit kommen würde.“

Bel der jetzt üblichen Methode der öffentlichen Rechtfertigung ist mithin ein großer Umschwung gegenüber ebemals zu verzeichnen. Man kann hierin eine Konzeption an die Umwälzung in der Nachkriegszeit erblicken. Ein ideologischer Widerspruch der demokratischen Grundzüge, die in der deutschen Politik nach dem November 1918 zur Herrschaft kamen. Gewiß werden die Unternehmer von dem Grundgedanken der Weimarer Verfassung: „Eigentum verpflichtet“ nicht fonderlich erbaut sein, dennoch sind sie gehalten, diesen Grundgedanken Konzeptionen zu machen. Die schrankenlose Herrschaft und Willkür macht zaghaft einer anderen Auffassung Platz, die die Funktionen der Unternehmer als öffentliche Tätigkeit wertet.

Indirekt liegt hier ein großer Erfolg der Gewerkschaften. Durch ihre ruhige und taktisch kluge Tätigkeit für die Sache der Arbeiterklasse und das entschlossene Geltendmachen der Ansprüche der großen Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger in der Defizientenzeit und gegenüber den Behörden haben sie den Boden vorbereitet, auf dem sich die Prinzipien des Grundrechts der Arbeiterklasse entwickeln können. Diese haben gegenüber der in der Nachkriegszeit gültigen Sozialpolitik eine Erweiterung erfahren. Früher glich das Bestreben um das Arbeitsverhältnis und um den Anteil am Ertrage der Arbeitsteilung, dagegen geht es jetzt weit darüber hinaus. Die Mitwirkung der Arbeiterklasse am Aufbau der Wirtschaft, die gleichberechtigte Teilnahme an der Gestaltung wirtschaftlicher Dinge und dergleichen, das sind die Ziele, die zu erreichen sich die moderne Arbeiterbewegung gesteckt hat.

Gerade jetzt wehren sich die Unternehmer gegen jeden Fortschritt mit aller Entschiedenheit. Der Kampf gegen das Betriebsrätegesetz, den Reichsarbeitsrat usw. sind dafür ein Beweis. Doch wenn der Sach von der Unternehmensdenkschrift: „Der Zweck unserer Denkschrift wäre erreicht, wenn unsere Vorschläge die Unterlage für ein Wirtschaftsprogramm bilden könnten, das von allen Seiten gebilligt wird“, einen Sinn haben soll, dann doch nur den, daß sie sich auch mit weniger als mit dem Beforderten zufriedengeben.

Das geistige Ringen der beiden wirtschaftlichen Faktoren ist im vollen Zuge. Auf einer veränderten Basis geht dieses auf der Grundlage von Denkschriften vor sich. Die Idee der wirtschaftlichen Demokratie markiert, doch sie würde ein schnelleres Tempo einschlagen, wenn ein jeder zu seiner Gewerkschaft stände und diese mit allen Mitteln unterstützte.

Zögernde Entspannung der Wirtschaftskrise.

Die im Januar vorhergesagte Beseitigung der Konjunktur ist trotz vieler aufstrebender Auslandsanleihen und Bekörderung der Kreditfaktoringierung bisher nicht eingetreten. Auf einigen Gebieten ist zwar eine Besserung zu verzeichnen; im wesentlichen dauert aber die Krise mit unerminderter Wucht an. Die bereits begonnene Besserung des Kohlenmarktes hat nicht angehalten. In der Eisen- und Stahlindustrie war im Januar, vor allem was Auslandsanleihen anbelangt, eine gewisse Besserung festzustellen. Die jüngst veröffentlichten Produktionsziffern für Januar sind allerdings enttäuschend: Die Hoheisenzeugung ging gegenüber Dezember um 4 Proz. zurück, die Rohstahlerzeugung war zwar um 3 Proz. höher als im Dezember, blieb jedoch gegenüber dem Durchschnitt 1925 noch erheblich zurück, während die Produktion der Walzwerke weiter im Wachsen begriffen war. Wenn auch die Abnahme der letzteren an sich nicht groß war, — die Januarerzeugung betrug 669 788 gegenüber 688 434 im Dezember 1925 — so bleibt diese Ziffer dennoch hinter den Erwartungen stark zurück. Immerhin ist die Lage der Schwerindustrie noch besser als die der übrigen Industriezweige, ganz zu schweigen von der Landwirtschaft. Die Textilindustrie ist mit Ausnahme der Woll- und Baumwollspinnereien und -webereien, die noch alte Auflagen haben, von der heftigsten Krise betroffen; die meisten Zweige der Bekleidungsindustrie liegen daneben; sehr schlecht ist die Beschäftigung in der Leder- und Schuhindustrie trotz erheblichen Preisabbaus; der Baumarkt und der Markt für Baustoffe ist über den saisonmäßigen Rückgang hinaus notleidend; in der Industrie der Seide und Erden, auch in der früher gut beschafften Papier- und Zelluloseindustrie ist ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen. Es gibt nur einige wenige Industriezweige, wie die Kalkindustrie, die chemische Industrie, Brauereien, elektrotechnische Industrie — bei der K. G. U. liegen 30 Proz. mehr Aufträge vor als zur gleichen

Zeit im Vorjahre —, einige Zweige der Maschinenindustrie (bei einer im übrigen großen Krise dieses Industriezweiges) usw., welche verbesserte Beschäftigung aufweisen. Die Klänge der Landwirtschaft hat der Industrie sind unzureichend, obwohl diese weniger als früher unter der Geldknappheit leidet. Außer dem Ertrag aus der neuen Ernte stehen ihr neue Kredite zur Verfügung, unter denen die Kredite der Goldkreditanstalt verhältnismäßig billig sind. Die Roggenpreise bauer weiter an, wie auch die deutschen Getreidepreise erheblich unter den Weltmarktpreisen liegen. (Ein Beweis dafür, daß die Agrarproduzenten den Bauern nicht das geringste nützen und nur den Verbrauch verteuern!) Mit Hilfe der Kalk- und Stahlindustrie soll eine neu zu schaffende Organisation Roggen- (vielleicht auch Weizen-) Vorräte zusammenfassen; aber auch der Plan zur Wiederaufrichtung der Getreideeise zum gleichen Zweck würde noch nicht fallen gelassen.

Die erhebliche Besserung der Handelsbilanz in den letzten zwei Monaten ist kein Zeichen der Konjunkturbelebung. Sie ist im Gegenteil auf einer erheblichen Einschränkung der Einfuhr begründet, was als Folge der Wirtschaftskrise zu betrachten ist. So war im Monat Januar die Einfuhr um 50 Millionen Mark geringer als im Dezember, wo sich bereits zum erstenmal ein Ausfuhrüberschuß von 33 Millionen Mark ergab. Im Januar betrug der Ausfuhrüberschuß 68 Millionen Mark, wobei allerdings auch eine geringe Steigerung des Fertigungsexports (um 3 Millionen) zu verzeichnen war. Angesichts der neuen ausländischen Anleihen ist vorläufig mit der Vermehrung der Einfuhr zu rechnen. Für die spätere Zeit ist aber eine nachdrückliche Steigerung der Ausfuhrüberschüsse zu erwarten.

Es wurden einige wirtschaftspolitische Maßnahmen in Angriff genommen, die der bedrängten Wirtschaft zu Hilfe kommen sollen. An erster Stelle wurde zu diesem Zweck die Herabsetzung verschiedener Steuern angekündigt; die Ermäßigung der Umsatzsteuer um 40 Proz., die Beseitigung der Grunderwerbsteuer, die Halbierung der Gesellschaftsteuer, die Neubestimmung der Vermögenssteuer, deren Ertrag um ein Viertel verringert wird, und die Halbierung der Bärenumlaufsteuer. Diese Ermäßigungen dürften einen Steueranfall von 735 Millionen schätzungsweise ergeben. Man fragt sich, wie es möglich war, daß der frühere Finanzminister Herr von Schlaben für das laufende Jahr sogar ein Budgetdefizit auszurechnen vermochte, während jetzt ein Steuerbetrag von 735 Millionen erlassen werden kann. Es ist überflüssig, zu betonen, daß es ungerecht und unsozial ist, statt der Lohnsteuer die an sich geringe Vermögenssteuer zu senken. Bisher wurde der Kredit zu einem erheblichen Teil von den angesammelten öffentlichen Geldern gespeist; diese Quelle wird nach Durchführung der Steuerermäßigungen versiegen und es fragt sich, wie dies die Bedingungen der privaten Bankkredite beeinflussen wird.

Andere wirtschaftspolitische Maßnahmen sind die Zulassung eines 100-Millionen-Kredits an die Reichsbahn, damit diese die nötigen Investitionen machen und somit (Lokomotiven und Waggons kommen nicht in Betracht). Außerdem handelt es sich um die Förderung von Warenlieferungen nach Rußland im Betrag von 300 Millionen auf langfristigen Kredit. Das Reich soll durch Ausfallgarantie das Zustandekommen dieses Geschäftes ermöglichen.

Auf dem Gebiet der Handelspolitik ist zur Erleichterung des Außenhandels nicht viel geschehen. Das am 12. Februar mit Frankreich geschlossene Abkommen hat wirtschaftlich keine große Bedeutung, weil es sich nur auf 3—4 Monate und nur auf einige wenige Waren erstreckt. Deutschland hat auf einige französische landwirtschaftliche Produkte und für bestimmte Kontingente die Meißbegünstigung zugesagt, während Frankreich für eine Gruppe von Industrieartikeln, darunter landwirtschaftliche Maschinen, Haushaltsgegenstände, Möbel und Schnittholz den Satz des Mindesttarifs oder Ermäßigungen des Maximaltarifs gewährt hat. In politischer Hinsicht ist das Abkommen von viel größerer Bedeutung. Es ist dringend zu wünschen, daß der vorläufige Vereinbarung der endgültige Handelsvertrag folgen soll. Die Verhandlungen mit Spanien haben infolgedessen einen günstigen Ablauf genommen, als Spanien in der Weinfrage Zugeständnisse gemacht hat, während mit Japan der Abschluß eines Meißbegünstigungsvertrages bevorsteht. Die strittige Frage der

Zurückführung der deutschen Farbenimporte gegenüber andern Ländern konnte beigelegt werden.

Die Wirtschaftspolitik wette sich in der weiteren Zunahme der Geldschilffigkeit aus. Infolge mangelnden Vertrauens wurden die vorhandenen Kapitalien nicht ausgenutzt; allerdings folgten manche auch daraus, daß die mangelnde Kapitalnachfrage auf die erfolgte Beseitigung des Nationalisierungsprozesses hindeute. Die Kapitalien liegen vorläufig auf dem Effektenmarkt Verwendung. Das Anziehen der Börsentürze hat hierin seine hauptsächlichste Begründung. Die Industriewerte haben ein Fünftel bis ein Drittel der im vergangenen Jahre erlittenen Einbuße zurückgewonnen. Erst in der zweiten Hälfte des Februar erfolgte wieder ein gewisser Rückschlag, da die ausländischen Aktienkäufer diesmal zurückhaltender waren, ja manche ihre Gewinne durch Verkäufe realisieren wollten. Das Bankentartell (Stempelvereinigung) hat die Spanne zwischen Haben- und Sollzinsen etwas ermäßigt, indem sie die Beibehaltung um 1 Prozent herabsetzte, immerhin bleibt der gewöhnliche Prizipalkredit um 12½ Prozent (einschließlich der Provision) immer noch recht teuer. Infolge der geschäftlichen Selbstlosigkeit finden Kapitalien in verschiedenen, jüngst aufgelösten inländischen Anleihen der Girozentrale, Preußens (Schab-anweisungen) und verschiedener Städte Verwendung; zum ersten Male seit der Marktstabilisierung sind Kapitalien für innere Anleihen vorhanden. Man erhofft daraus eine Steigerung des Emmissionsmarktes. Auch hält noch der Druck der Auslandsanleihen weiter an. Die Einheitsanleihe der Girozentrale von 15 Millionen Dollar für den Bedarf von 200 Städten liegt dabei an der Spitze. Außerdem vermerken Banken und Elektrizitätssperre amerikanisches Geld zu erhalten. Die Rhein-Eisen-Union hat schwebendes Kapital nach Deutschland gezogen.

Am Dienste der Sanierung oder der Nationalisierung werden horizontale Zusammenschlüsse in den verschiedenen Industriezweigen weiter durchgeführt. Die jüngst bewilligten Steuererleichterungen bei Fusionen dürften die Zusammenschlußbewegungen erheblich erleichtern. Die endgültige Begründung des Montantruffs wird voraussichtlich bald erfolgen. Die Kongresse verhandeln jetzt unter Beteiligung der Großbetriebe über die Bewertung ihrer einzubringenden Anlagen. Fusionen sind in letzter Zeit zustande gekommen in der Eisenbahnindustrie, in der Metallindustrie und in der Automobilindustrie, während solche in der Automobilindustrie (mit dem Zweck der Schaffung des deutschen Einheitswagens) und in der Mühlenindustrie (Berliner Großmühlens) in Vorbereitung sind. Der geplante Zusammenstoß der süddeutschen Zuckerraffinerien ist nicht zustande gekommen. Die Kartellierung innerhalb der Schwerindustrie ging für die noch nicht fertiggestellten B-Produkte weiter vorwärts; diesmal kommen die geschweißten Röhren, Drahtseile und Stahlforschung an die Reihe. Zur Schaffung des internationalen Rohrentartells sind die Verhandlungen noch im Gange, während das internationale Eisenkartell vor dem endgültigen Abschluß steht. Auch ist eine Einigung mit der Schwerindustrie des Saargebietes, das den deutschen Kartellen angeschlossen werden soll, in Aussicht, indem die von der lothringischen Eisenindustrie gemachten Schwierigkeiten voraussichtlich behoben werden können. Diese Ereignisse zusammen mit dem oben erwähnten vorläufigen Wirtschaftsabkommen mit Frankreich bringen die Frage des deutsch-französischen Eisenpatentes wieder in den Vordergrund. Bekanntlich war dieser Patente im vorigen Jahre bereits fertig und ist nur infolge des Scheiterns der Handelsvertragsverhandlungen nicht in Kraft getreten. Dieser Eisenpatent, der bekanntlich die feste Uebernahme eines Jahreskontingents von 1¼ Millionen Tonnen Eisen seitens der deutschen Schwerindustrie vorgesehen hat, wäre geeignet, unter Ausschaltung der Einfuhr ein fast ausschließliches Monopol der eisenhaltenden Industrie aufzurichten. H. S.

Der beleidigte Ueberfundenstieber.

Ein Festschreiben des Berliner Gewerbegerichts.

Ein jugendlicher Hilfsarbeiter klagte vor dem Gewerbegericht in Berlin auf unbillige Härte gemäß § 84 BZG, Ausstellung einer anderen Arbeitsbescheinigung und Schabenertrag für die Karenzzeit bei der Erwerbslosenfürsorge, die er infolge der Arbeitsbescheinigung durchmachen mußte. In der Arbeitsbescheinigung hieß es, daß Kläger entlassen wurde, weil er sich ungebührlich benommen habe,

neu erwachte, gewaltige, erdumspannende Klassengefühl würde sich aber hiermit nicht von dem alten Klassengefühl unterscheiden, wenn es sich auch als Selbsthülfe betrachtete, wie es bei den alten Klassen geschehen ist. Ist das der Fall? Ist das Proletariat nur eine Fortsetzung der alten Linie der Geschichte? Ist es nur eine neue Gruppe, die zu den anderen tritt, eine neue mit dem gleichen alten Wesen?

Nein! Zum ersten Male in der Geschichte wächst im modernen Proletariat eine Klasse über sich selber hinaus. Zum ersten Male macht sich eine Klasse mit der Vertretung des eigenen Rechts zugleich zur Wächterin des großen Menschlichen. Eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte ist im Werden. Aus dem wirtschaftlichen Eigengedanken, wie er in der ganzen Geschichte der Menschheit bestimmend war, ringt der neue sittliche Gedanke vom Menschen zum Siege. Er wurde zwar oft geteilt und von Dichtern und Dichtern verherrlicht, aber die herrschende Klasse machte sich kein niemals zur bewußten Vertreterin dieses großen Menschlichen, und darum blieb der sittliche Gedanke der Welt stets von dem wirtschaftlichen Selbstwert unterdrückt. Zum ersten Male in der Geschichte erlircht heute eine wirtschaftliche Klasse mit ihrem eigenen wirtschaftlichen Rechts zugleich den sittlichen Gedanken der Gerechtigkeit und Freiheit, eine Harmonie von Wirtschaft und sittlichem Zusammensein.

Die gewerkschaftliche Organisation, in der der wirtschaftliche Wille aller vom Kapitalismus abhängigen heute zum Ausdruck kommt, ist damit die historische Trägerin eines neuen verbindenden Kulturgedankens. In einer wirtschaftlichen Befreiungslage liegt ein sittlicher, menschlicher Sinn. Die gewerkschaftliche Organisation kämpft um die Erhöhung des Einkommens nicht nur um des Einkommens willen. Sie kämpft um die Erhöhung des Einkommens zugleich als um eine Forderung der Berechtigung. Sie kämpft gegen den Kapitalismus nicht nur um des wirtschaftlichen Erfolges der wirtschaftlichen Abhängigen willen, sondern zugleich, um

„Germania an ihre Kinder.“

„Wollt erhalte —“ haben wir gesungen früher und mit feurig hellen Jungen und verspürten hoch die Wärme ganz. Ach, Novemberkinder sie sind das Schöne, und wir machen unsere Dred alleine, feil in Holland wollt der Siegerkranz — —

Doch will Gott die edelen Gestalten unsrer Fürsten jetzt nicht mehr erhalten, fällt auf uns die harte, hehre Pflicht hört ihr: Seid verschlungen, Millionen! Schreit es noch vor leeren Königsthronen, und man appelliert an das Gericht.

Sollen unsre Kaiser, Könige, Fürsten arbeitslos verhungern und verdürren nebst Gemahlin, Hofstaat, Kinderkrieger? Soll selbst Willem sich in kühnen Posen filmen lassen müssen von Franzosen für den sonntäglichen Kavaliar?

Aber auch die lieben Leib-Mätressen darff, o Volk, du jetzt nicht schänd vergessen: Wohlgebleib, was je ein Fürst geachtet Sollen, die in höchsten Betten liegen, jetzt der Armut Darschent-holen tragen — wo es nicht mal mehr Vorderle gibt —?

Zwei Millionen Arbeitslose freilich fordern Brot — doch das ist nicht so eilig — nehmt halt die Finte aus dem Korn. Dreißig Glänze Goldmillionen zählend, ist sogar des eignen Volkes Feind nicht mehr Doorn im Aug' dem Aug' in Doorn — — (Aus dem „Simplissimus“)

Der Gewerkschaftstempel und die Weltanschauung vom Menschen.

Ob wir in die griechische oder römische Geschichte zurückfallen oder ob wir das deutsche Mittelalter überschauen, überall finden wir Klassen und Stände, in die das Volk zerfällt ist, wenn diese Zerrissenheit auch nie so ausgeprägt in die Erscheinung getreten ist wie in unserer Zeit. Durch die ganzen Jahrhunderte zahlt sich die besondere Stellung, die einmal der Adel eingenommen hat, und noch die weltliche Zeit gab dem Adel in der Verwaltung eine besondere Führerrolle. Neben dem Adel hatte das Bürgerrecht stets sein besonderes Standesbewußtsein. Es war die Mittelstufe, die ursprünglich die Trägerin des wirtschaftlichen Lebens war, und deren ganze geistige Einstellung auch aus diesem wirtschaftlichen Egoismus heraus geschah.

Das Proletariat bildeten stets die wirtschaftlich Abhängigen und Unterdrückten. Ihm fehlte aber, was der Adel wie das Bürgerrecht besaßen, das Bewußtsein seiner Klasse. Es kam vorübergehend zwar immer wieder in Einzelercheinungen zum Ausdruck, doch fehlte dem Bewußtsein das dauernde Bewußtsein. Je mehr die zunehmende Konzentration des Wirtschaftslebens Massen schuf, die wirtschaftlich abhängig und abhängig vom Kapitalismus wurden, um so mehr erwuchs aus diesem Gefühl wirtschaftlicher Abhängigkeit heraus das Bewußtsein einer Zusammengehörigkeit aller wirtschaftlich Abhängigen, wie es in der Gewerkschaftsbewegung aller Schichten zu einem so imponierenden Ausdruck gekommen ist.

Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl ist entstanden aus der Erkenntnis ökonomischer Abhängigkeit und der Ueberzeugung, daß das wirtschaftliche Recht gegenüber diesem wachsenden Wissen Kapitalismus nur durch organisatorischen Zusammenstoß gewährt werden kann. Es ist damit eine Klassengemeinschaft mit wirtschaftlichen Kampfcharakter. Das

Der Klage lag folgender Tatbestand zugrunde: Dem Betriebsrat war es gelungen, bei der Firma die bisher bestehende 55tägige Arbeitszeit auf die Normalarbeitszeit von 48 Stunden herabzudrücken. Das schien einer Minderheit des Personals nicht zu behagen. Zu dieser Minderheit gehörte auch ein kriegsbeschädigter Drucker. Als eines Tages der klagende Hilfsarbeiter diesen bat, an einer schweren Form mit anzufassen, erklärte er, daß man ihm als kriegsbeschädigten eine solche schwere Arbeit nicht zuzumuten könne. Der klagende Hilfsarbeiter benutzte diese Aeußerung, dem kriegsbeschädigten Drucker darüber Vorhaltungen zu machen, daß er ebenfalls auch nicht zu viel Überstunden machen dürfte, denn die mühten ihm doch ebenfalls zu schwer werden. Er tat dann die unbedachte Aeußerung: Wenn ich der kriegsbeschädigten-Fürsorge melde würde, daß du noch imstande bist, betrat viel Überstunden zu leisten, würde man deine Rechte doch kürzen. Als vier Tage später der kriegsbeschädigte Drucker wiederum Überstunden leisten sollte, erklärte er: Ich würde gern die geforderten Überstunden leisten, aber man hat mir mit einer Denunziation bei der Fürsorge gedroht. Vom Betriebsleiter in die Enge getrieben, gab er den Namen des klagenden Hilfsarbeiters preis. Die Firma entließ den Hilfsarbeiter freistlos und stellte ihm die eingangs genannte Arbeitsbeschneidung aus.

Das Gericht wies den Kläger mit seiner Forderung auf unbillige Härte mit der Begründung ab, daß das Verhalten des Klägers gegenüber dem kriegsbeschädigten Drucker ungebührlich war und seine Entlassung keine unbillige Härte sei. Ein Grund zur freistlosen Entlassung habe aber nicht vorgelegen und deshalb sei dem Kläger die Kündigungszeit zu bezahlen. Mit der Schadenersatzfrage und der Ausstellung einer neuen Arbeitsbeschneidung wurde der Kläger ebenfalls abgewiesen, weil nach Ansicht des Gerichts der Grund der Entlassung den Tatsachen entspreche, daß also das Benehmen des Klägers ungebührlich sei. Da eine Berufung bei § 84 B.R.G. nicht möglich ist, ist das Urteil rechtskräftig.

Das faschistische Gewerkschaftsmonopol in Italien.

Von Daimo Carnevali (Rom).

Das Ergebnis der Verhandlungen, die unter dem Vorsitz Ferrarinos, des Sekretärs der faschistischen Partei, zwischen den Vertretern des italienischen Industriellenverbandes, d. h. den Abgeordneten Bonni und Olivetti, und den Vertretern der faschistischen Korporationen, d. h. den Abgeordneten Kolossi und Ciacini, stattgefunden haben, ziehen das Interesse der Öffentlichkeit und der Presse auf sich. Wie eine offizielle Rundgebung besagt, wurde in diesen Verhandlungen folgendes vereinbart:

1. Der Industriellenverband erkennt die faschistischen Korporationen und die ihnen angehörenden Organisationen als die einzig bevollmächtigten Vertreter der Arbeiterkraft an.
2. Die faschistischen Korporationen erkennen den Industriellenverband und die ihm angehörenden Organisationen als die einzig bevollmächtigten Vertreter der Industrie an.
3. Alle das Verhältnis zwischen Industrie und Arbeiterkraft betreffenden Verträge sind abzuschließen zwischen dem vom Industriellenverband abhängenden Organisationen und den faschistischen Korporationen.
4. Die Betriebsausschüsse werden abgeschafft, ihre Tätigkeit wird übernommen durch die jeweilige örtliche faschistische Korporation, die sie aber ausschließlich der jeweils in Betracht kommenden Industriellenorganisation gegenüber ausüben wird.

Die Abschaffung der Betriebsausschüsse und die Uebernahme ihrer Funktionen durch die faschistischen Korporationen bedeutet eine ernste Gefahr für die italienische Arbeiterbewegung und nicht minder für die italienische Volkswirtschaft. Den Organisationen der Industriellen, die bisher den faschistischen Korporationen aus guten Gründen abweisend gegenüberstanden und sich das Recht bewahrten, sich mit den Organisationen jeder politischen Färbung (d. h. mit dem Allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbund, mit dem italienischen christlichen Gewerkschaftsbund und mit den dem letzteren angehörenden christlichen Organisationen) ausein-

anderzusehen, soll kurzerhand das Monopol der faschistischen Korporationen aufgezwungen werden. Die Industriellen haben sehr wohl erkannt, welche Bedeutung die Verhandlungen mit den verschiedenen Organisationen für sie und für die Produktion haben. Sie wissen, daß das von den Theoretikern des Faschismus seit langem geforderte Monopol der faschistischen Korporationen eine flagrante Verletzung des freien Kontraktionsrechts der Arbeiterkraft und ein gefährlicher Vorstoß gegen die starren Geleise der Wirtschaft und der Produktion ist; sie wissen, daß Kollektivverträge nur dann wirklich wirksam sind, wenn sie mit den authentisch beauftragten Vertretern der Arbeitermehrheit abgeschlossen werden, und daß Zwangsorganisationen der Arbeiterschaft gegenüber machtlos sind. Die Vertreter der Industriellen aber müssen dem Druck weichen, den die faschistischen Organisationen auf sie ausüben, und den diese wirksam auszuüben in der Lage sind, weil die Regierungspartei hinter ihnen steht. Der Faschismus kann nicht leugnen und leugnet nicht, daß die italienische Arbeiterbewegung genau so wie anderwärts eine zwangsgelieferte aus der Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse hervorgegangene Erscheinung ist; er will ihr aber Schranken setzen, sie regimentieren und vor allem sie vor seinen eigenen Parteikarrieren spannen. Die Organisationen der Arbeiter können und dürfen aber nur vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus geleitet werden; jede politische Einmischung und Beeinflussung hemmt den Gang der Wirtschaft und führt letzten Endes zu einer Katastrophe. Zu oft schon hat die politische Macht den Beweis geliefert, daß sie unfähig ist, die Faktoren der wirtschaftlichen Organisation zu regulieren, ja daß jeder ihrer Eingriffe die Produktion schwächt, wenn nicht lähmt.

Du bist ein Fürstenknecht!

Du sagst dich noch nicht in die Listen zum Volksgehren auf entfähigungslose Einseitigung der Fürsten eingetragen. Bis zum 17. März muß das geschehen sein. Deine Kollegen und Kollegen sagen dir sonst:

Du gehörst nicht zu uns!

Die Betriebsausschüsse, die in der unmittelbar auf den Krieg gefolgten Zeit eingeführt worden waren und die seit dem Regierungsantritt des Faschismus ein recht problematisches Dasein führen, sind die unmittelbaren Träger des unersüßlichen Willens der Arbeiter; sie überwachen die Einhaltung der Verträge, wie der Staat seinerseits durch die Betriebsinspektionen die Einhaltung der Arbeiterchutzgesetze überwachen läßt. Außerdem gehört zum Wirkungsbereich der Betriebsausschüsse die Auslegung der Verträge und Reglements, die Vermittlung und der Ausgleich von Gegensätzen und die friedliche Lösung aller jener Probleme, die in großen Betrieben mit zahlreicher Beamtenhierarchie täglich auszuwachen pflegen. Die Ausschüsse bilden das Bindeglied zwischen den Arbeitervertretungen und den Betriebsleitungen. Die Zahl ihrer Mitglieder schwankt je nach der Anzahl der im betreffenden Werke beschäftigten Arbeiter. Die Voraussetzungen des aktiven Wahlrechts, die Dauer der Mandate, das Verfahren der geheimen Wahl, alles ist genauestens und strengstens vorgeschrieben. Nach dem Hochkommen des Faschismus wurden in vielen Werken die Betriebsausschüsse abgeschafft und das Abkommen zwischen den faschistischen Korporationen und dem Industriellenverband soll nunmehr auch diejenigen betreffen, die noch erhalten geblieben sind; an ihre Stelle sollen die Vertrauensmänner der faschistischen Korporationen treten, die im Grunde nichts sind als pompös aufgemachte Generale ohne Soldaten. Der Zweck, den der Faschismus mit dieser Aktion erreichen will, liegt klar zutage: die Arbeiter, deren Mehrheit den Faschismus scharf ablehnt, sollen auf dem Wege der Ausschaltung der freien Gewerkschaften faschifiziert werden.

Offen bleibt allerdings die Frage, in welcher Weise den Arbeitermassen faktisch eine Vertretung aufgezungen werden könnte, die sie nicht selbst in freier Wahl aufgestellt haben. Mussolini selbst schrieb noch im Mai 1920 in seinem Blette „Popolo d'Italia“: „Niemand darf in Italien daran denken, der arbeitenden Klasse die Rechte, Sicherheiten und Ver-

besserungen zu entreißen, die sie in Jahrzehnten des Kampfes und der Opfer errungen haben“. Die Verteidigung der Freiheit der Vertragschließung und des Weiterbestandes der Betriebsausschüsse ist heute zu einem brennenden Interesse der Produktion geworden und hinsichtlich des Standpunktes, den die beiden großen Organisationen, der Allgemeine italienische Gewerkschaftsbund und die christlichen Gewerkschaften samt den ihr angehörenden sonstigen christlichen Organisationen, gegenüber dem Vorstoß der faschistischen einnehmen, kann kein Zweifel bestehen. Der leidende Ausschuß des Allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbundes weist den faschistischen Versuch glatt zurück, er stützt sich dabei u. a. auf die Bestimmung des Abschnitts XIII des Vertrages von Versailles. Auf Grund dieser Bestimmungen hat der Gewerkschaftsbund das Recht, die internationalen Organisationen, denen er angegeschlossen ist, anzuerkennen und zum Einschreiten zu veranlassen. Ein energisches Eingreifen des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbundes liegt also durchaus im Bereich der Möglichkeit. Der Vertrag von Versailles schützt die Arbeiterorganisation ausdrücklich vor politischem Mißbrauch und er schreibt vor, daß die Arbeiter die Freiheit haben müssen, sich die Organisation, der sie angehören wollen, und die Bevollmächtigten, von denen sie im Falle von Differenzen vertreten sein wollen, selbst zu wählen. Nicht minder energisch ist der Protokoll des Exekutivsausschusses der christlichen Gewerkschaften, dem die Vertreter der sonstigen christlichen Organisationen zugestimmt haben. Der Ausschuß fordert kategorisch das Recht der Koalitionsfreiheit, und er beruft sich auf die christlich-soziale Lehre. Er fordert alle Christen auf, einmütig die Stimme zu erheben zur Verteidigung der Freiheit der christlichen Gewerkschaften und ihres Rechts, die Interessen der ihnen anhängenden Arbeiterkraft zu vertreten.

Alle freie Gewerkschaften haben beschlossen ihre Organisations- und Schutztätigkeit fortzusetzen. Die Faschisten führen zu ihrer Verteidigung an, daß sie das alte Problem der Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung lösen wollen, jener bisher stets gescheiterten Vereinheitlichung, die seit zwei Jahrzehnten Gegenstand des Studiums aller jener ist, die sich mit dem Organisationsproblem befassen. Einer der Hauptgründe des Scheiterns aller in dieser Richtung bisher unternommenen Versuche ist die Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse in den verschiedenen Landesteilen, die Verschiedenheit des Grades der industriellen Entwicklung, die Verschiedenheit der landwirtschaftlichen Methoden, die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse hinsichtlich Erzeugung und Verbrauch. Der Faschismus aber will nun getreu seiner allüberall angewandten Methode an die Stelle des spontanen freiwilligen Zusammenschlusses der verschiedenen Organisationen Gewalt anwenden und er versucht aus Parteigründen mit Hilfe der Staatsmacht der arbeitenden Klasse und der Industrie sein Organisationsmonopol aufzuzwingen, das allen wirtschaftlichen Gegebenheiten John spricht, die allein in allen das seine Wert der Produktion berührenden Fragen maßgebend sein dürfen.

Aus den Bahnhöfen.

Berleburg. In einer außerordentlich gut besuchten Versammlung am 3. März 1926 sprach unser Gauleiter, Kollege Hellmann, über die Verlängerung des Reichstarifs. Die Versammlung war auch von verschiedenen Unorganisierten und vom Vorstehenden des Berleburger Buchdruckervereins, Kollegen Klingebiel, besucht. Der Redner schilderte eingehend den Verlauf der Verhandlungen vor dem Zentralausschussamt, betonte die Veränderungenstränge der beiden Vertragsparteien, auch den naiven Glauben der Unternehmer, ohne Reichstarif die Wirtschaft heben und das Gewerbe fördern zu können in der Annahme, die Kollegenchaft würde sich alles gefallen lassen — denn — Krieg im Gewerbe wünschten sie nicht! — wie sie selbst schon sagten. Ein Gutes habe der Angriff der Unternehmer jedenfalls ausgeübt: Die Kollegenchaft des ganzen Reiches auf den Plan gerufen zu haben, sie nicht zum geringen Teil ihr Verdienst. Die graphische Hilfsarbeiterchaft habe aber allen Anlaß, auch in Zukunft wachsam zu sein. Wer heute noch nicht die zwingende Notwendigkeit der Organisation begriffen habe, dem sei nicht zu helfen; wer aber auch fernherhin sich von der Beitragssatzung drücke, müsse als elender Verräter an der Kollegenchaft bezeichnert werden. Nach weiteren Ausführungen über das Ergebnis der Verhandlungen mit der Firma Wilhelm Wintel in Berleburg setzte eine äußerst lebhafteste Diskussion ein, an der sich vornehmlich die Kollegen Doepf, Leufel und Mörsch beteiligten. Nach gründlicher Aussprache über verschiedene Betriebsangelegenheiten, punktlige Beitragszahlung, Abrechnung mit dem Ortsassessor usw. konnte der Vorstehende mit dem Ergebnis die Versammlung schließen, daß die gesamte Kollegenchaft Berleburgs wieder einmütig im Verbande steht, wie das früher unter dem leider zu früh verstorbenen Kollegen Schulz eine Selbstverständlichkeit war.

Chemnitz. Kampfbereit sein, und wir lassen uns unsere Errungen nicht nehmen. Das ist der Grundgedanke, der zurzeit auch bei dem graphischen Hilfspersonal in Chemnitz Wurzel gefaßt hat. Das brutale Vorgehen der Prinzipale mit ihren Forderungen; Beseitigung des Reichstarifs für das Hilfspersonal und Lohnabbau bis zu 21 Proz., hat auch unser Hilfspersonal aus seiner Gleichgültigkeit geweckt und an seine Pflichten erinnert. Ein Beweis hierfür war unsere Mitgliederversammlung am 23. Februar 1926, die erfreulicherweise wieder sehr gut besucht war. Als Referent war unser Gauleiter Kollege Herrmann-Dresden erschienen. In etwa zweistündigen Ausführungen schilderte Herrmann noch einmal die Entwicklung und die gegenwärtige Situation zu unserem Reichstarif. Sehr scharf gelichtete er den Standpunkt der Prinzipale zum Tarif. Zum größten Teil deckten sich seine Ausführungen mit denen, worüber schon in der „Solidarität“ berichtet worden ist. Sehr richtig schilderte Herrmann die Gefahren für das Hilfspersonal, die uns trotz schon gefaßten Schiedspruches bevorstehen. Die Kollegenchaft darf sich nicht auf den Standpunkt stellen, die Gefahren seien wieder einmal vorüber. Gerade jetzt müsse das Hilfspersonal ganz Deutschlands kampfbereit bleiben und das Vorgehen der Prinzipale beobachten. — Seine Ichreichten aktuellen Ausführungen wurden mit reichem Beifall belohnt. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß in Deutschland tatsächlich in den Unter-

dem materialistischen Gedanken von der führenden Bedeutung des wirtschaftlichen Bestehens entgegenzusehen die Idee des Menschenrechts und der Menschenwürde.

Praktisch steht so mancher der gewerkschaftlichen Mitglieder allerdings nur dem materiellen Gewinn, den die Organisation errungen hat. So mancher fühlt noch nicht den Triumph des Rechts, der da zugleich aus der erdämpften Forderung herausragt. Er empfindet noch nicht, wie da zugleich eine Idee aus dem gewerkschaftlichen Erfolge leuchtend herausragt, die Idee, daß der Mensch der bestimmende Mittelpunkt des ganzen Daseins zu sein hat. Der freigewerkschaftliche Kampf ist die praktische Verwirklichung einer neuen, großen Weltanschauung vom Menschen.

Und das ist es, was den freigewerkschaftlichen Kampf so herrlich und erhaben unterscheidet von allen anderen wirtschaftlichen Zusammenhängen. Der freigewerkschaftliche Kampf ist der bewußte Träger einer neuen, großen Weltanschauung, deren Mittelpunkt der Mensch ist.

Man mag über die großen Zusammenhänge des Daseins denken wie man will, man mag den großen Rätseln des All-Seins Namen geben, welche man mag: In Menschen bringt all das Große zum bewußten Ausdruck. Im Menschen ringt die Idee der Entwicklung zu neuer, herrlicher Befreiung. Macht den Menschen frei — und ihr befreit den Weltgedanken, wie ihr ihn auch nennen wollt!

Siehe.

Das Höchste und Heiligste, das Menschen zu erkennen und zu erfüllen vermögen, lassen sie zusammen in den einen Begriff Liebe. Es ist nicht ein Mensch, der sich diesem Höhen und Heiligen entwinden kann. Und ist es der roheste, er hat Stunden, in denen er etwas von dem Rauber der Liebe fühlt.

Aber Liebe ist nur Gedanke. Liebe ist nur das Ergebnis einer Philosophie, der sich der Mensch in stillen Feiertunden einmal hingibt. Liebe wird höchstens zu einem Broten, den man dem Better schenkt. Im übrigen ist das Leben von ganz anderem Geiste beherrscht. So ganz anders ist dieser Geist, der das Leben bestimmt, daß Liebe in ihm fast etwas Romantisches hat und daß man den gar bedauert, der da Leben und Liebe in einen Zusammenhang bringen will.

Dennoch besteht eine feste und notwendige Verbindung zwischen Liebe und Wirklichkeit. Ist diese Wirklichkeit auch noch so roh: „der Liebe Sehnsucht fordert Gegenwart“, sagt Goethe. Die Gegenwart ist der Boden, aus dem Liebe erwachen muß und ohne den Liebe stets Traum bleibt.

Gestalte die Gegenwart! Bilde das Leben! Forme die Ordnung des Zusammenlebens! Das ist die Forderung, die „der Liebe Sehnsucht“ an dich stellt. Die Tat, aus der Wirklichkeit heraus der Liebe entgegen, ist der Liebe Werden. Und Opfer heißt der Schmerz, den dieser treffende Schatz der Liebe erheischt. In der Tat, in der du dich schenkst, wird Liebe aus dem Heute heraus zur Freiheit geboren.

Begreife und wirbt!

Begreife der Gewerkschaft Sinn und Zweck! Hast du dies weg, so glaube nicht, daß du, wenn dies erreicht, dann schon gewonnen hättest. Federleicht wiegt all dein gutes Wissen, wenn du nicht dieses Wissen nach Gehob und Pflicht auf andere überträgst. Dies merke: Die gleiche Ueberzeugung und der gleiche Sinn ergeben gleichen Willen, gleiche Tat; Und dies gehört zu jedem großen Werte. Denn das erst gibt uns Hoffnung, Zuversichten, Stärkel Drum wird für deine Ueberzeugung früh und spät. Erst die vereinte Tat ergibt Gewinn Und führt uns hehrlich zu dem Ziele hin!

nehmern die bornierteste Wirtschafts- und Lohnpolitik betrieben wird. Leider kam es auch — trotz der so ernsten Situation — zu einigen kleinen persönlichen Reibereien, die noch als Nachzudungen zur Beibehaltung der Disziplin angesehen werden müssen. Die Verammlung brachte aber sehr deutlich zum Ausdruck, daß sie für solche Kleinigkeiten kein Interesse habe. Die Mitglieder haben erkannt, daß es jetzt geradezu ein Verbrechen ist, sich gegenseitig zu bekämpfen und zu gereizten Kollegen und Kolleginnen, wir wollen uns wirklich nicht zanken und streiten über Kleinigkeiten. Jetzt heißt es: Einig und kampfbereit zusammenstehen! Wir müssen aufs Neue rufen zum Kampf, der ja in einigen Wochen wieder entbrennen wird, ja entbrennen muß, nur in verstärktem Maßstabe. Die Prinzipale werden mit aller Macht versuchen und alle Mittel anwenden, ihr Ziel, die Beseitigung des Reichstaris und den Lohnabbau, zu erreichen. Dieses Ziel der Unternehmer kann nur aufgefunden gemacht und abgewehrt werden durch ein geschlossenes Zusammenarbeiten und gewerkschaftliches Wirken, nur klares Denken und Handeln kann uns vorwärts bringen.

Dresden. Am 18. Februar tagte die gutbesetzte Jahreshauptversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte man der im Berichtsjahre verstorbenen Mitglieder in ehrender Weise. Darauf gab Kollege Herrmann den Geschäftsbericht. Er führte aus, daß das Jahr 1925 im Organisationsleben sich beträchtlich von dem der Vorjahre unterscheidet. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bildete wieder die Haupttätigkeit der Organisation. Dazu geeignet war die äußerst gute Konjunktur; leider wurde am Ende des Jahres durch die Tabaksteuer der Steindruck lahmgelagt. Eine Krise sei aber auch in allen anderen Industriezweigen wahrzunehmen; teils beruhe sie auf Kapitalnot, aber auch auf künstliche Zurückhaltung der Gelder durch die Hochfinanz, um eine für sie ertragreiche Inflationszeit heraufzubewahren. Der Redner streifte den Ausschuß des Gewerbes, führte die Gewinne der Unternehmer an, die sich in Betriebserweiterungen und -erneuerungen, Anschaffung neuer Maschinen, Schriften, Steinen, moderner Vertehrmittel geschäftlicher wie privater Natur zeigten. Trotzdem bei zurückliegenden Lohnverhandlungen immer das Stachelgedächtnis angeknüpft worden sei, die hohen Lohnforderungen würden den Ruin des Gewerbes herbeiführen, sei ein Ausschuß im Gewerbe wahrzunehmen gewesen, wie er noch nie zu beobachten gewesen sei. Auf die Lohnpolitik eingehend, bewies der Redner, daß durch die organisatorische Stärke und infolge der Hochkonjunktur es gelungen sei, die geschlagenen Wunden vergangener Zeiten zu heilen. Im Buchdruck erfolgten vier, im Steindruck drei Lohnverbesserungen mit einer Steigerung von 31 bis 53 Prozent. Trotz dieser erfreulichen Erhöhung dürften sich die Mitglieder nicht mit dem Erreichten zufriedengeben, denn die technisch vervollkommenen Produktionsmittel erforderten Arbeitsleistungen, wie man sie früher nicht gemacht habe. Leider hätten die Löhne anderer Industriezweige nicht Schritt gehalten, woraus die Tarifindefinitivität unserer Unternehmer zu erklären sei. Eine erhebliche Arbeit verurlochten die Vertretungen bei Klagen, Beschwerdeverfahren und Stilllegungsverhandlungen. Weiterhin machten sich eine ganze Reihe von Vorkäufen nötig. Außerdem wurden drei Streiks, außer dem Schriftführerstreik, welcher zehn Wochen dauerte, durchgeführt. Im Berichtsjahr haben mehrere Konferenzen, ein Gausstag sowie ein Verbandstag stattgefunden, die eine Anzahl weittragender Beschlüsse organisatorischer und finanzieller Art gefaßt haben. Zur Stärkung der Mitglieder wurden Diskussionsabende eingeführt, außerdem fanden statt 12 Mitglieder-, 18 Bezirks- und 15 Betriebsversammlungen. Die Wehrhaftigkeit dieser Versammlungen war mit aufstrebenden Vorträgen ausgestattet. Sogar kommt noch eine Anzahl verausgabter Broschüren aktuellen Inhalts an die Funktionäre. Auch wurde eine Jugendabteilung gegründet. Weiter erstreckte sich die Tätigkeit auf 12 Vorstands-, 12 Vertrauenspersonenitzungen, 9 Betriebsräteversammlungen und eine gleiche Anzahl des Ortsausschusses. Auch der Geselligkeit und dem kollegialen Zusammensein wurde Rechnung getragen. Die Gauorte erforderten die Anwesenheit des Gauleiters in zahlreichen Fällen. Auch hier zeigte sich die Vertiefung des Organisationslebens. Die intensive Organisationsarbeit war im vergangenen Jahre für die Mitglieder segensreich. Die Mitglieder mußten sich bewußt werden, daß nur durch Treue zur Organisation diese Vorteile erreicht werden könnten. Redner wünschte eine gerechte Kritik, in der zum Ausdruck kommen sollte, was für die Zukunft in organisatorischer Beziehung für Wege eingeschlagen werden sollten. Unter reichem Beifall beendete er seine Ausführungen.

Anschließend gab Kollege Täubrich den Kassenbericht der Zahlstelle Dresden. Die Gesamteinnahmen betragen im Jahre 70 172,70 Mk. Der Hauptteil konnten als Ueberfluß 52 803,32 Mk. zugeführt werden. Der Kassenbestand am Orte erhöhte sich von 735,93 Mk. auf 7238,98 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 1508, am Ende 2002. Sie setzt sich zusammen aus 537 männlichen und 1465 weiblichen Mitgliedern. Arbeitslos waren 113 männliche 650 Wochen und 443 weibliche 1527 Wochen. Krank waren 69 männliche 522 Wochen und 338 weibliche 2027 Wochen. Der Gesundheitszustand, namentlich der weiblichen Mitglieder, ließ sehr viel zu wünschen übrig. Die Ursachen sind auf die intensive Ausnutzung bei der Arbeit zurückzuführen. Als Streikende im Schriftführergewerbe waren 35 Mitglieder 280 Wochen zu unterstützen. Durch Sammlung an Orte konnte den Streikenden außer der erhöhten statistischen Unterstützung Beihilfen gewährt werden. Eine Weihnachtsfeier ergab einen Betrag von 1054,73 Mk., woraus den Arbeitslosen, Kranken und Anwaltern eine Weihnachtsspende überreicht werden konnte. Redner dankte vor allen Dingen den Funktionären für ihre unermüdete und uneigennützigste Mitarbeit und sprach die Hoffnung aus, daß auch im neuen Jahre durch tätige Hilfe der Vertrauenspersonen ein ebenso günstiges, wenn nicht noch besseres Ergebnis zu berichten sein möchte. Auf Antrag des Revolutionsobmannes, Kollegen Thüraf, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

An der Aussprache zeigte sich, wie schon in den letzten Versammlungen, daß ein Teil oppositionell eingestellter Redner wieder durch seine nicht zur Sache gehörenden, mit Vorfällen und Kraftausdrücken gespickten Ausführungen tiefe Unkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge an den Tag legte. Erfolgreicherweise verhalten diese Reden zum größten

Teil unter dem Gesicht der Verammelten. Die gewerkschaftlich gebildeten weiteren Redner zerplünderten dieses Phrasengebüsch und kennzeichneten es als ein papageienhaftes Wiedergeben aller Kamellen aus kommunistischen Zeitungen und dem „Gräßlichen Blod“. Besonders traten verschiedene Diskussionsredner für eine systematische Bildungsarbeit ein. Nach einem kurzen Schwurwort des Kollegen Herrmann, in welchem er auch den ungeschickten Kritikern an der Hand von einwandfreiem Tatsachenmaterial das Unsinnsige ihrer Ausführungen nachwies, ging man zum Punkt Neuwahlen über. Die Opposition glaubte, da ein Teil der Verammelten, angeleitet von der unfruchtbarsten Kritik, das Votum verfallen hatte, ihr Ziel erreicht; sie stellte den Antrag auf Vertagung dieses Punktes, dem aber nicht stattgegeben wurde. Kollege Täubrich machte den Vorschlag, infolge der schweren Situation und des Umstandes, daß im letzten Jahre die bisherige Verwaltung in kollegialer und segensreicher Weise gewirkt hat, sie wiederzuwählen bis auf zwei Personen, die nicht wieder kandidierten. Die eingeleitete Wahlkommission unterstützte diesen Vorschlag und unterbreitete weitere Vorschläge, die gedruckt vorlagen. Nach Erörterung der Wahlzettel wurde in den Wahlakt eingetreten.

Dann wurde folgender Antrag der Ortsverwaltung angenommen: Den ausgetretenen Arbeitseisen soll eine monatliche Beihilfe, vorläufig auf drei Monate, gewährt werden. Die Mittel dazu sollen die in Arbeit stehenden Mitglieder durch monatliche Ertragsbeiträge, männliche Mitglieder 50 Pf., weibliche 20 Pf., aufbringen.

Am Schluß der Versammlung ermahnte Kollege Herrmann die Anwesenden, sich der kommenden schweren Zeit bewußt zu sein, sich in ihrem Vertrauen zu den Funktionären durch die unfruchtbarste Kritik nicht stören zu lassen, sondern sich diese Leute anzusehen und dafür zu sorgen, daß unsere zukünftigen Versammlungen nicht ausarten in politische Auseinandersetzungen, die nur dazu dienen, den ohnehin nicht befriedigenden Besuch noch zu verringern. Da die Nacharbeiter in den Betrieben wählten, konnte die Wahlkommission erst später das Resultat zusammenstellen. Von 335 abgegebenen Stimmzetteln erhielt Kollege Herrmann als 1. Vorsitzender 382. Als Verwaltungsmitglieder wurden gewählt die Kollegen Franz, Höflicher, Mähler, Kubick, Dill, Säbke, die Kolleginnen Klein, Wolf, Schwarz und Schmüdtchen; als Revisoren die Kollegen Thüraf, Hentzer, Kühn und Kollegin Klein; als Delegierte zum Gräßlichen Kartell die Kollegen Kubick, Lippert und Kollegin Weidemann.

Kempten. Am 26. Februar fand eine stark besetzte Mitgliederversammlung der Zahlstelle Kempten statt, in der unser Gauleiter, Kollege Lehmeier, über „Die Tarifverhandlungen und die derzeitige Situation“ referierte. Seine Ausführungen wurden mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Die darauf folgende, äußerst rege Diskussion brachte allgemeine Entrüstung darüber zum Ausdruck, daß die Unternehmer im Buchdruckgewerbe keine Ahnung von der Tätigkeit des Hilfspersonalen haben. Das Angebot in der Entlohnung und die Einschätzung der Tätigkeit des Hilfspersonalen, insbesondere in der Provinz, zeige die Berufslosigkeit der Verhandler in Unternehmervätern. Beweise in dieser Sache seien un schwer zu erbringen. Die Versammlung sprach den Vertretern des Hilfspersonalen den Dank für ihre Haltung aus und gelobte, mit gewerkschaftlicher Disziplin den Weisungen des Verbandes sowie der Gauleitung jederzeit unbedingt Folge zu leisten.

Leipzig. Ueber 1500 Kollegen und Kolleginnen waren bereits in der Mitgliederversammlung am 22. Februar erschienen und noch immer strömten neue Massen hinzu, die aber infolge des überfüllten Saales keinen Einlaß mehr finden konnten und so ungewollt den Weg nach Hause gehen mußten. Kollege Glöck (Berlin), in Vertretung des Kollegen Bucher, welcher durch wichtige Sitzungen am Kommen verhindert war, nahm das Wort zu dem Bericht von den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium. Er begrüßte im Namen der Berliner Kollegen die Versammlung und gab Einblick in die stattgefundenen Verhandlungen am 16. und 17. Februar, die nun als bekannt vorausgesetzt werden können. Kollege Glöck schloß mit der dringenden Ermahnung zur Pflichterfüllung und treuer, fester Zusammenarbeit seinen Bericht und betonte, daß, wenn notwendig, ein energischer, kurzer Kampf uns schnellstens zu unseren ersehnten Zielen führen wird. Unhaltbarer Beifall und Zurufe von allen Seiten gaben die Zustimmung hierfür und zeigten allgemeines Einiggehen mit der Organisationsleitung.

Kollege Beyer verlas unter der nochmaligen Ermahnung, ein wachsameres Auge auf den Feind zu haben, eine Entschließung, die einstimmig angenommen wurde, und in der es heißt: ... Die Leipziger graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen geloben, nicht nur alle Bestrehterungen in lohnlicher oder ideeller Beziehung abzuwehren, sondern darüber hinaus ihre Organisation nicht nur in finanzieller, sondern in jeder Beziehung so zu festigen und zu stärken, daß durch die Kraft der Organisation auch den Buchdruckereibesitzern endlich die Erkenntnis kommen muß, daß das Hilfspersonal als gleichwertiger Faktor im Arbeitsprozeß anzuerkennen und dementsprechend zu behandeln und zu entlohnen ist.

Sie lehnen es ab, jedwede Sondervereinbarung, sei es durch Ortstarif, Betriebstarif oder persönliche Einzelverträge in puncto Lohn- oder anderen Fragen einzugehen. Sollte das von den Buchdruckereibesitzern weiter abgelehnt werden, was das bei den letzten Verhandlungen am 16. und 17. Februar 1926 vor dem Zentralratsamt im Arbeitsministerium geschehen ist, so werden sie dieses ihr gutes Recht zu erämpfen wissen.

Solange eine Einigung in diesem Sinne mit dem Hilfspersonal nicht herbeigeführt worden ist, lehnt das Hilfspersonal jedwede Ueberstundenarbeit ab.

Kollege Beyer gab hierauf einige Erklärungen betreffs der Ueberstunden. Kurz streifte er nochmals den geplanten Lohnabbau der Unternehmer und führte an Hand eines Beispiels an, wie eine Firma bei diesem Abbau an den dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen pro Woche 1060 Mk. verliert. Eine kurze Information wurde den Kollegen und Kolleginnen des Steindruckgewerbes gegeben, die sich vorläufig referiert halten sollen, jedoch die Zeit dazu benutzen müssen, sich ebenfalls zu wappnen für bevor-

stehende Kämpfe; die Ueberstundenverweigerung tritt im Steindruckgewerbe vorläufig noch nicht in Kraft.

Zum Schluß wurden noch verschiedene Mitteilungen gegeben, die vor allem die Buchkontrolle betreffen; alle Kollegen haben pünktlich ihre Bücher zur Kontrolle abzuliefern. Gleichzeitig wurde noch die Ermahnung gegeben, alle Vorkommnisse und jede betriebliche Maßnahme sowie technische Veränderungen sofort im Bureau zu melden.

Kollege Beyer wies noch auf die Gründung der Jugendgruppe am 6. März 1926 hin und dat um rege Beteiligung, da ja die Jugend unsere Zukunft bedeute. Mit der Bitte, das festzuhalten, was allen in der heutigen Versammlung mit auf den Weg gegeben wurde, schloß die Versammlung, welche sich unter starkem Beifall auflöste.

Leidenberg. Am 27. Februar hatten wir uns versammelt, um gegen eine Verschlechterung unserer Löhne, wie sie der deutsche Buchdruckereier vorsehen hat, zu protestieren. Gerade wir in der Provinz haben die größte Berechtigung zu einem Protest, stehen doch wir uns ob der niedrigen Ortszulage und der hohen Preise für lebenswichtige Dinge am schlechtesten. Auch ist die Arbeit in kleineren Betrieben vielstetiger und zum Teil anstrengender als in Großstadtbetrieben, wo jeder seine Maschine zu bedienen hat. Wir leiten daraus das Recht her, uns gegen eine Verschlechterung in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen zur Wehr zu setzen. Unser Gauleiter Lehmeier gab uns ein Bild über die durch die Tarifbindung geschaffene Lage und über das Wirtschaftsleben überhaupt. Abermals gaben wir ihm die Versicherung, daß auch die kleinste Zahlstelle weiß, daß jeder Arbeiter seines Lohnes wert ist.

Rundschau.

Unveränderte Erwerbslosenziffer. Die Erwerbslosenziffer ist am 15. Februar zum Stillstand gekommen. Eine Zunahme erfolgte nur bei den weiblichen Arbeitskräften, wodurch die Gesamtziffer von 2 031 000 am 1. Februar auf 2 059 000 Mitte des Monats hinauf ging. Ein Anstieg am Arbeitsmarkt ist nunmehr wahrscheinlich.

Die Kurzarbeiterfürsorge beschloßen. Nach der vom Reichsrat genehmigten Verordnung über die Kurzarbeiterfürsorge erhalten Arbeiter eines gewerblichen Betriebes, in dem regelmäßig mindestens 10 Arbeiter beschäftigt sind, aus Mitteln der Erwerbslosenzufürsorge Kurzarbeiterunterstützung, wenn in einer Kalenderwoche 3, 4 oder 5 volle Arbeitstage ausfallen. Die Unterfertigung dürfen in der Kalenderwoche beim Ausfall von 3 Arbeitstagen einen Tageslohn, von 4 Arbeitstagen 2 Tageslöhne und von 5 Arbeitstagen 3 Tageslöhne der Erwerbslosenunterstützung nicht übersteigen. Die Unterfertigung wird höchstens auf die Dauer von 6 aufeinander folgenden Kalenderwochen gewährt. Sie ist zu verjagen oder zu entziehen, wenn dem Kurzarbeiter anderermittige Arbeit nachgewiesen werden kann. Die Verordnung tritt am 1. März in Kraft.

Gernegroß als Scharfmacher. In einer Sitzung der Dortmunder Industrie- und Handelskammer stützte u. a. die Exportkreditversicherung der Reichsregierung zur Debatte. Hierzu redete ein stellvertretender Geschäftsführer, der sich neben anderem folgendermaßen vernehmen ließ: „Der Plan der Regierung tan deshalb nur Erfolg haben, wenn gleichzeitig durch Herabsetzung der Steuern und sozialen Lasten, der Frachten und sonstfalls auch der Zölle, die Preise der deutschen Ausfuhrartikel denen der Konkurrenzländer angepaßt werden.“ Womit sich doch so ein Angehöriger einer Handelskammer nicht alles wichtig zu machen glaubt!

Literatur.

Europas Wirtschaft im Weltkrisen. Von Hermann Krähig, M. D. R. Verlag der Offschon-Druckerei m. B. D., Lübau i. Sa. Preis 30 Pf., bei Mehrbezug billiger.

Abrechnungen.

In der Woche vom 1. bis 6. März gingen noch folgende Abrechnungen des 4. Quartals bei der Hauptkasse ein: Dresden (Gau 5), Stettin (Gau 7). Gebührenden kamen aus Rfm 14 211,99 Mk. Stettin Restbetrag 2789,62 Mk. Gau Thüringen als Teilzahlung für das 1. Quartal 1500 Mk. Berlin, den 6. März 1926.

J. Rodaß.

Für die Woche vom 14. bis 20. März ist die Beitragsmarke in das mit 11 besetzte Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Unserer lieben Kollegin **Eise Schräts** und ihrem Gemahl zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Frankfurt a. M.

Unserem lieben Kollegen **Andreas Mühlmann** und seiner lieben Frau zur silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Frankfurt a. M.

STERBETAFEL

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, Kenntnis zu geben von dem Ableben folgender Mitglieder:

Anna Roth

Inbalbin, früher Buchwärtlerin in der Volkszeitung starb im halb vollendeten 80. Lebensjahre nach einem schmerzreichen Leben, in welchem sie regen Anteil an der Partei- und Gewerkschaftsbewegung nahm. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren und können ihr die langersehnte Ruhe.

Weiterhin erlag die Hilfsarbeiterin **Hanna Marie Pohl**

in noch rüftigem Alter einer heimtückischen Krankheit. Wir verlieren in ihr ein langjähriges treues Mitglied, dessen wir ehrend gedenken werden.

Die Mitgliedschaft Dresden.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulae, Charlottenburg, Meerfeldstraße 16. Fernspr.: Amt Berlin 1928. - Verlag: E. Rodaß, Charlottenburg. - Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Raut Singer u. Co., Berlin SW. 6.